



UNITI Bundesverband
mittelständischer
Mineralölunternehmen e. V.

Berlin, 04. Juli 2022

Pressemitteilung

forsa-Umfrage: Keine Mehrheit für EU-Neuzulassungsverbot von Verbrenner-Pkw

Das renommierte Meinungsforschungsinstitut forsa hat Ende Juni 2022 die Einstellung der Bevölkerung in Deutschland zu synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels), zur Elektromobilität sowie zu weiteren verkehrspolitischen Themen abgefragt. Die repräsentativen Ergebnisse zeigen, dass ein EU-Neuzulassungsverbot für Benzin- und Diesel ab 2035 keine Mehrheit bei den Menschen findet.

Keine Mehrheit für Verbrenner-Aus!

Nur 39 Prozent der deutschsprachigen Bevölkerung finden es laut der forsa-Umfrage richtig, dass in der EU ab dem Jahr 2035 keine neuen Fahrzeuge mit Benzin- oder Dieselmotor mehr zugelassen werden dürfen. 58 Prozent der Befragten stimmen dem nicht zu. Ein mittel- oder langfristiges generelles Verbot für Fahrzeuge mit Diesel- oder Benzinmotor wird sogar von knapp zwei Dritteln (63 Prozent) der Bevölkerung abgelehnt.

Allgemeine wirtschaftliche und persönliche Nachteile durch E-Mobilität befürchtet

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass große Teile der Bevölkerung mit der Elektromobilität allgemeine wirtschaftliche sowie persönliche Nachteile verbinden:

- 74 Prozent der Befragten befürchten, dass Deutschland beim Bau von E-Autos von Rohstoffimporten aus China abhängig wird.
- 53 Prozent erwarten den Verlust von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie in Deutschland, wenn Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor verboten werden.
- 54 Prozent der Menschen in Deutschland sorgen sich, dass Elektromobilität bei steigenden Strompreisen für sie nicht bezahlbar sein wird.

Fokus auf Elektromobilität wird von den Menschen kritisch gesehen

Die Bevölkerung in Deutschland präsentiert sich in der forsa-Umfrage mehrheitlich technologieoffen und positiv gegenüber CO₂-neutralen Kraftstoffen, so genannte E-Fuels, eingestellt:

- 89 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Bundesregierung im Straßenverkehr alle technischen Lösungen beim Erreichen der Klimaziele in gleicher Weise unterstützen und nicht ausschließlich die Elektromobilität fördern sollte.
- Gleichzeitig schrumpft in der Bevölkerung signifikant die Unterstützung für die Subventionierung der E-Mobilität: Nur noch 51 Prozent finden es richtig, dass in Deutschland die Elektromobilität jährlich mit vielen Milliarden Euro gefördert wird (Vergleichswerte der forsa-Befragungen aus Juni 2021: 58 % sowie aus November 2021: 54 %).
- Weiterhin großer Sympathie erfreuen sich synthetische Kraftstoffe: 78 Prozent der Befragten, die ein Fahrzeug mit Benzin- oder Dieselmotor oder Hybridantrieb im Haushalt haben, gaben an, sich vorstellen zu können, synthetische Kraftstoffe zu nutzen. Dabei stehen Anhänger der

Grünen mit 90 Prozent der Nutzung von E-Fuels am aufgeschlossensten gegenüber. Vor die Wahl zwischen ein Diesel- oder Benzinauto, das mit klimafreundlichen synthetischen Kraftstoffen betankt wird, oder ein Elektroauto gestellt, würden sich 58 Prozent der Befragten für das mit E-Fuels betriebene Fahrzeug entscheiden und nur 30 Prozent für das Elektroauto.

Menschen in Deutschland mit feinem Gespür für die Risiken einer „E-Mobilität only“-Strategie

UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn ordnet die Ergebnisse der forsa-Umfrage ein: „Die Menschen in Deutschland haben offenkundig ein feines Gespür für die großen Risiken, die mit einer Abkehr vom Verbrennungsmotor und mit einem Fokus allein auf die E-Mobilität verbunden wären. Wer den Verbrennungsmotor – und dass trotz der Option, diesen CO₂-neutral mit E-Fuels zu betreiben - verbieten und einzig auf die Elektromobilität setzen möchte, verabschiedet sich von der bezahlbaren individuellen Mobilität für Jedermann, begibt sich in eine Rohstoffabhängigkeit von China und legt die Axt an Standorte sowie Arbeitsplätze der Automobilwirtschaft in Deutschland.“

UNITI fordert daher die Bundesregierung auf, sich aktiv in die laufenden Verhandlungen zur CO₂-Flottenregulierung einzubringen. Die Regierung sollte den Beschluss des EU-Umweltministerrates unterstützen und zeitnah von der EU-Kommission einen Vorschlag einfordern, mit dem Neufahrzeuge mit Verbrennungsmotor mit der Nutzungsoption E-Fuels in der Europäischen Union auch nach 2035 noch zugelassen werden können.

Hinweis zur Umfrage: Die neuerliche Umfrage wurde von der forsa Politik- und Sozialforschung GmbH Ende Juni 2022 im Auftrag des UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V. durchgeführt. Grundgesamtheit der Untersuchung bildete die deutschsprachige Bevölkerung der Bundesrepublik ab 18 Jahren.

Über UNITI:

Der UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. repräsentiert rund 90 Prozent des Mineralölmittelstandes in Deutschland und bündelt die Kompetenzen bei Kraftstoffen, im Wärmemarkt und bei Schmierstoffen. Rund 70 Prozent der freien Tankstellen und rund 40 Prozent der Straßentankstellen sind bei UNITI organisiert. Überdies versorgen die UNITI-Mitglieder etwa 20 Millionen Menschen mit Heizöl, einem der wichtigsten Energieträger im Wärmemarkt. Ebenso zum Verband zählen die meisten unabhängigen mittelständischen Schmierstoffhersteller und Schmierstoffhändler in Deutschland. Die rund 1.000 Mitgliedsfirmen von UNITI erzielen einen jährlichen Gesamtumsatz von etwa 35 Milliarden Euro und beschäftigen rund 80.000 Arbeitnehmer in Deutschland.

Pressekontakt:

Alexander Vorbau, M.A.

Leiter Kommunikation

Tel.: (030) 755 414-520

E-Mail: vorbau@uniti.de

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V.